

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 82 (2002)
Heft: 2

Rubrik: Dossier : Aussenpolitik und Neutralität

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

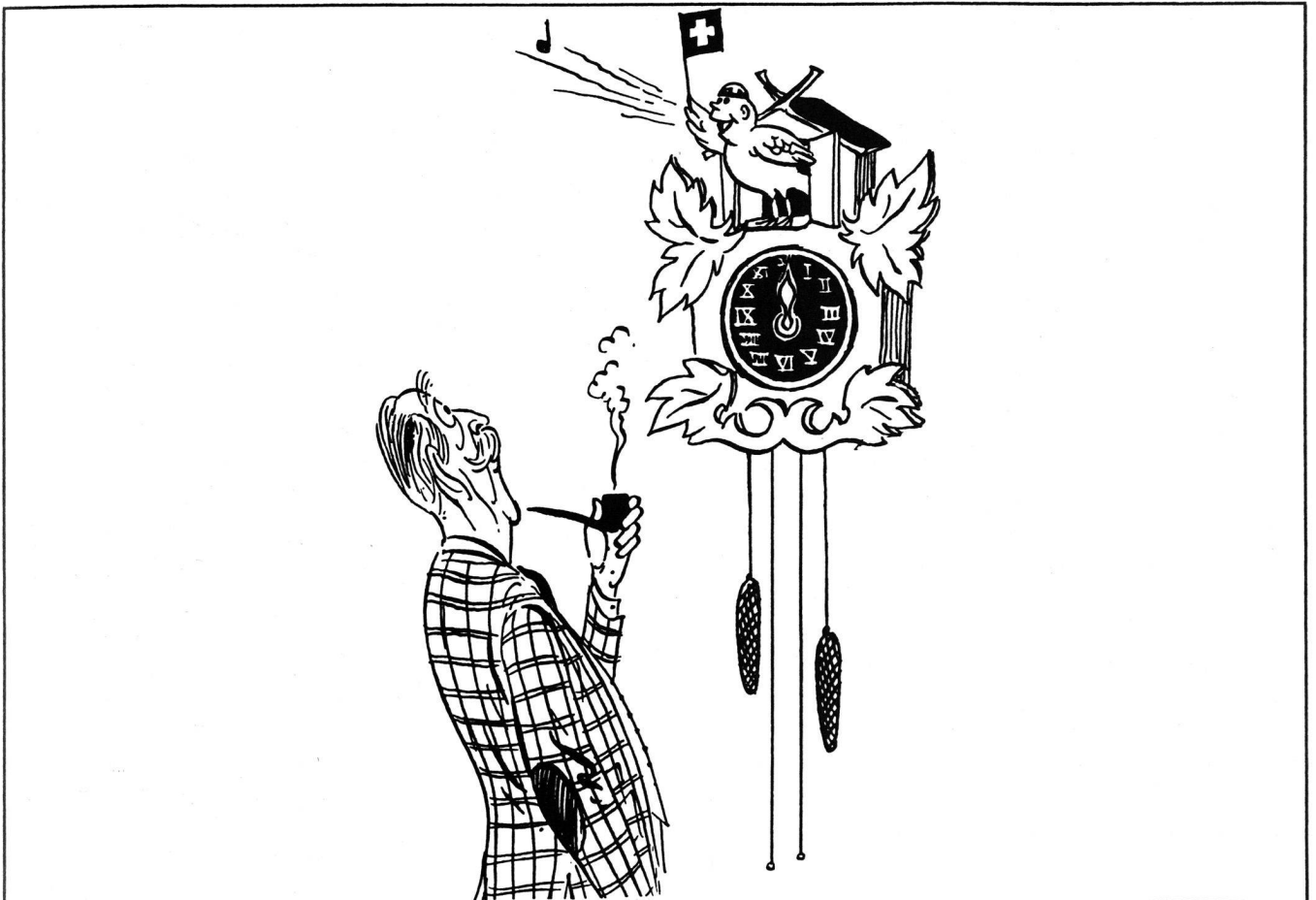
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Robert Nef

WELTOFFENHEIT, NEUTRALITÄT UND AKTIVE AUSSENPOLITIK



Die Schweiz war schon immer ein weltoffenes Land und erst kürzlich erreichte sie in einer internationalen Vergleichsstudie über den Grad der Globalisierung hinter Irland den hervorragenden zweiten Rang. Die Tatsache, dass unser Land in mehrfacher und nicht ausschliesslich positiver Hinsicht ein Sonderfall ist, sollte nicht leichtfertig unter den Tisch gewischt werden. Die Schweiz ist – nicht nur bei Agrarprodukten – ein Hochpreisland. Dies hängt auch – aber nicht nur – mit der Tatsache zusammen, dass wir auch ein Hochlohnland sind mit einem vergleichsweise sehr hohen Lebensstandard und ebenfalls hohen Sozialleistungen. Unsere

Konsumentinnen und Konsumenten stellen hohe Qualitätsansprüche, welche speziell bei Dienstleistungen die Preise in die Höhe treiben. Dazu kommen eine ganze Reihe von Regulierungen, welche auf politischen Klientenschutz aller Art zurückzuführen sind, und gegen die es letztlich nur ein Mittel gibt: Deregulierung durch Öffnung, und zwar nicht nur europaweit, sondern weltweit. Die wirtschaftliche Integration in der EU beruht nämlich grösserenteils nicht auf einer konsequenten Deregulierung, sondern auf einer Harmonisierung der verschiedenen Politik- und Interventionsbereiche mit dem Ziel, sich als Binnenmarkt gegenüber dem Welt-

markt besser zu positionieren. Innerhalb des EU-Binnenmarktes nimmt die Regulierungsdichte sogar tendenziell zu, und die Hoffnungen auf einen grossen zusätzlichen Liberalisierungsschub haben sich – wenigstens bisher – nicht bewahrheitet. Darum ist die Begeisterung für eine EU-Mitgliedschaft gerade bei Anhängern der Weltoffenheit – nicht nur in der Schweiz – in letzter Zeit eher gesunken.

Doch wie steht es mit der Mitgliedschaft bei der politischen Uno? Könnten wir da nicht ein Zeichen setzen für mehr Weltoffenheit, ein Zeichen für uns selbst und für andere? In der laufenden Abstimmungskampagne wird dieser Beitritt zu einem grundsätzlichen «Ja zur Globalisierung», zu einem Bekenntnis zur aussenpolitischen Öffnung und zur internationalen Solidarität emporstilisiert, zu einem definitiven Abschied vom «Sonderfall Schweiz» und zu einer Bestätigung oder gar Bekräftigung der Neutralität.

Auf der ganzen Welt gibt es auch intelligente Leute, welche einen Nichtbeitritt der Schweiz und ihre immerwährende Neutralität nicht als Negativum werten,

Auf der ganzen
Welt gibt es auch
intelligente
Leute, welche
einen
Nichtbeitritt der
Schweiz und ihre
immerwährende
Neutralität nicht
als Negativum
werten.

Schweiz bisher einen Uno-Beitritt in Volksabstimmungen abgelehnt hat, und bei dieser ohnehin kleinen Gruppe gibt es nur ganz wenige, die Probleme damit haben und uns mit dem Vorwurf des Rosinenpickens konfrontieren. Erstaunlich viele von diesen Gutinformierten finden es sogar eine begrüßenswerte Idee, dass es einen (oder auch mehrere) Staaten gibt, welche bei der politischen Uno «draussen», und in einem umfassenden Sinn «neutral» bleiben. Sie finden das nicht nur «gut für die Schweiz», sondern allenfalls auch nützlich für die globale Staatenwelt, vor allem auf dem Hintergrund, dass die Uno möglicherweise in Zukunft vermehrt als militärische Intervenientin auftritt, und somit von einzelnen Betroffenen – unabhängig von der völkerrechtlichen Natur des Gewalteinsatzes –, als Konfliktpartei wahrgenommen wird. Es sind durchaus Fälle denkbar, in denen ein Neutraler ausserhalb der mit Militär- und Wirtschafts-sanktionen engagierten Weltorganisation eine positive Rolle spielen könnte.

In den folgenden Beiträgen werden von Befürwortern und Gegnern eines Beitritts einige Gesichtspunkte erläutert, welche unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung auf der aussenpolitischen Traktandenliste bleiben. In den beiden folgenden Textauschnitten zur Neutralität der Schweiz verbinden sich historisch gewordene Werthaltungen mit Grundwerten des schweizerischen Selbstverständnisses. Sie provozieren die Frage, ob das Bedürfnis nach Konstanz oder die Herausforderung zum Wandel überwiegt. ♦

Wer übernimmt Patenschaftsabonnemente?

Immer wieder erreichen uns Anfragen von Lesern oder Einrichtungen (zum Beispiel Bibliotheken), für ein Gratis- oder Austauschabonnement. Es ist uns nicht möglich, alle Wünsche zu erfüllen. Deshalb sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen. Unser Vorschlag: Übernehmen Sie ein Patenschaftsabonnement der Schweizer Monatshefte für Fr. 110.– (Ausland Fr. 131.–). Rufen Sie uns bitte an. Wir nennen Ihnen gerne Interessenten. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beigegefügte Geschenk-Abo-Karte mit oder ohne Nennung eines Begünstigten zusenden. Vielen Dank!

*Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich
Telefon 01/361 26 06, Telefax 01/363 70 05
E-mail: schweizermonatshefte@swissonline.ch*

NEUTRALITÄT, BESCHEIDENHEIT UND «GUTE DIENSTE»

Zwei historisch bedeutsame Textausschnitte

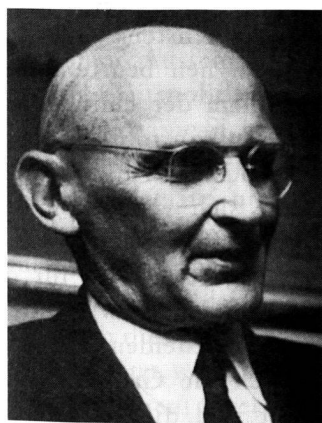
Schluss der berühmten Rede von Carl Spitteler zum Thema «Unser Schweizer Standpunkt», gehalten in der Neuen Helvetischen Gesellschaft, Zürich, am 14. Dezember 1914

«Und da wir doch einmal von Bescheidenheit sprechen, eine schüchterne Bitte: Die patriotischen Phantasien von einer vorbildlichen (oder schiedsrichterlichen) Mission der Schweiz bitte möglichst leise. Ehe wir anderen Völkern zum Vorbild dienen könnten, müssten wir erst unsere eigenen Aufgaben mustergültig lösen. Mir scheint aber, das jüngste Einigkeitsexamen haben wir nicht gerade sehr glänzend bestanden.

Meine Herren und Damen,

Die richtige Haltung zu bewahren, ist nicht so mühsam, wie sich anhört, wenn man's logisch auseinanderlegt. Ja! Wenn man's im Kopf behalten müsste! Aber man braucht es ja gar nicht im Kopf zu behalten, man kann es aus dem Herzen schöpfen. Wenn ein Leichenzug vorüber geht, was tun Sie da? Als Zuschauer in einem Theater vor einem Trauerspiel, was fühlen Sie da? Erschütterung und Andacht. Und wie verhalten Sie sich dabei? Still, in ergriffenem, demütigem, ernstem Schweigen. Nicht wahr, das brauchen Sie nicht erst zu lernen? Nun wohl: eine Ausnahmegunst des Schicksals hat uns gestattet, bei dem fürchterlichen Trauerspiel, das sich gegenwärtig in Europa abwickelt, im Zuschauerraum zu sitzen. Auf der Szene herrscht die Trauer, hinter der Szene der Mord. Wohin Sie mit dem Herzen horchen, sei es nach links, sei es nach rechts, hören Sie den Jammer schluchzen, und die jammernden Schluchzer tönen in allen Nationen gleich, da gibt es keinen Unterschied der Sprache. Wohlan, füllen wir angesichts der Unsumme von internationalem Leid unsere Herzen mit schweigender Ergriffenheit und unsere Seelen mit Andacht, und vor allem nehmen wir den Hut ab.

Dann stehen wir auf dem richtigen neutralen, dem Schweizer Standpunkt.»



Friedrich Traugott Wahlen, aus der Rede im Nationalrat vom 7. Oktober 1965

«Der permanent neutrale Staat hat keine Gebietsforderungen zu stellen; besonders als Kleinstaat hat er alles Interesse an der Erhaltung des Friedens und an der Erhaltung möglichst intensiver universeller Kontakte auf allen Gebieten der Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft. Wer aus der Neutralität egoistische Motive ableitet, übersieht diese ausgesprochene Parallelität der Interessen des neutralen Staates mit denen der ganzen Völkergemeinschaft.

Darüber hinaus ist es richtig, dass die besondere Stellung des neutralen Kleinstaates ihm die Leistung Guter Dienste in besonderer Weise ermöglicht. Wenn ich auf diese Möglichkeiten zu sprechen komme, so bitte ich Sie, mir zu glauben, dass keinerlei Überheblichkeit hinter diesen Äusserungen steckt. Mein Hauptanliegen besteht darin, einmal mehr unsere Disponibilität zur Leistung

Guter Dienste zu unterstreichen, ja ich möchte diesen Begriff mit der Neutralität und der Solidarität als eines der wichtigsten Elemente unserer Aussenpolitik bezeichnen. Das allerdings mit der Einschränkung, dass es sich hier, wie es im Sinne des Begriffes der Disponibilität liegt, nicht um eine aktiv zu verfolgende Komponente unserer Aussenpolitik handelt, sondern um die Bereitschaft, auf übereinstimmendes Ansuchen zweier oder mehrerer Parteien Dienste zu leisten, die in vielen Fällen nur in einem allseits unverdächtigen, neutralen Kleinstaat geleistet werden können. Eine ähnliche Zurückhaltung drängt sich auch in der Einladung zu Gipfelkonferenzen für die Lösung von Konflikten oder im Erlass von Friedens- und Verständigungsappellen auf. Meist ist die Situation nämlich so, dass solche Initiativen den einen oder den anderen Partner zu begünstigen scheinen, ein Verdacht, der den Erfolg zum Vorneherein in Frage stellt.»

.....

Carlo Jagmetti, geboren 1932, studierte Jurisprudenz in Zürich, Genf und Paris. 1958 Doktorat in Zürich, 1961 zürcherisches Rechtsanwalts-Patent, 1962 Eintritt ins Eidg. Politische Departement, 1963–1973 tätig an den Botschaften in Rom, Bern, London, 1973–1976 stellvertretender Delegationschef bei Efta und Gatt in Genf, 1976–1980 Delegationschef bei Efta und Gatt sowie bei ECE/Uno und Unctad in Genf. 1980–1982 Botschafter in Südkorea, 1982–1987 Chef der Schweizerischen Mission bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel, 1987–1993 Botschafter in Frankreich, 1993–1997 Botschafter in den Vereinigten Staaten von Amerika.

.....

DER GRUNDSATZENTSCHEID ZUR NEUTRALITÄT BLEIBT PENDENT

In der gegenwärtigen Debatte um den Uno-Beitritt ist viel von Neutralität die Rede. Allerdings beherrscht eher die Polemik das Feld als das Bemühen um eine differenzierte Betrachtungsweise.

Die Geschichte der Schweiz ist anders als die Geschichte aller andern europäischen Länder, und insofern ist es auch gerechtfertigt, von einem «Sonderfall Schweiz» zu reden. In der Schweiz haben sich schon sehr früh Formen demokratischer Mitbestimmung entwickelt. Die im 19. Jahrhundert geprägte Bezeichnung *sister republics*, mit der die politische Verwandtschaft mit den USA, der ersten demokratischen Weltmacht, charakterisiert wird, hat daher ihre Berechtigung. Demokratien waren auf der weltgeschichtlichen Bühne zunächst Sonderfälle. Heute haben die meisten Staaten – wenigstens formell – demokratische Strukturen. Das Hervorheben des Sonderfalls ist daher immer weniger berechtigt. Auch föderalistische Strukturen können heute nicht mehr als «Modell Schweiz» angepriesen werden.

Die Schweiz leidet mitunter an einer widersprüchlichen Mischung von Selbstüberschätzung und Kleinmut. Dies kann sich auch bei Verhandlungen und internationalen Kontakten zeigen. In gewissen Fällen lässt man sich durch Einfluss und die Bedeutung des Partners so beeindrucken, dass sich manchmal eine geradezu beschämende Tendenz zur Unterwürfigkeit einstellt. Bei andern Gelegenheiten werden schweizerischerseits die eigenen Möglichkeiten überschätzt und das Verhalten dadurch geprägt. Es ist zugegebenermassen nicht leicht, ohne Arroganz und in aller Bescheidenheit sicher aufzutreten und dadurch für die eigene Position Achtung zu gewinnen. Diesbezüglich ist in der Auseinandersetzung um die nachrichtenlosen Vermögen einiges schief gelaufen.

Stellenwert der Neutralität

Von den «klassischen» vier Säulen der schweizerischen Aussenpolitik, Neutralität, Solidarität, Disponibilität und Uni-

versalität bleibt als besonderes schweizerisches Charakteristikum eigentlich nur die Neutralität. Die Solidarität ist heute ein Grundbestandteil jeder Aussenpolitik. Die Schweiz steht übrigens diesbezüglich gar nicht schlecht da. Die Disponibilität für gute Dienste aller Art, speziell auch für Konferenzen, wird heute von zahlreichen Staaten – unabhängig vom Prinzip der Neutralität – durchaus erfolgreich angeboten. Die Schweiz hat bezüglich «gute Dienste» im Lauf ihrer Geschichte vor allem im und nach dem Zweiten Weltkrieg Bedeutendes geleistet. Ob sich für solche ausserordentlichen Aufgaben heute noch geeignete Persönlichkeiten finden liessen, ist eine offene Frage. Das Problem einer «fehlenden Nachfrage» darf nicht zu kurzfristig betrachtet werden. Wer weiss, welche europa- und weltpolitischen Konstellationen in zehn und in zwanzig Jahren auf uns zukommen. Aussenpolitische Prinzipien sollten nicht von Tag zu Tag und von Jahr zu Jahr, sondern höchstens von Generation zu Generation neu beurteilt werden. Mit dem Problem der Universalität sind heute alle Staaten konfrontiert, die in mehr oder weniger lockeren Allianzen verbunden sind, ohne sich von weltweiten Kontakten abkoppeln zu wollen.

Von zentraler Bedeutung wird für die Zukunft der Schweiz sein, wie wir uns bezüglich Neutralität entscheiden. In dieser Debatte vermissem ich die Grundsätzlichkeit, die Offenheit und die Ehrlichkeit. Der Uno-Beitritt ist heute kaum mehr neutralitätsrelevant. Und doch darf und muss die Frage der Neutralität im Hinblick auf allfällige andere Neuorientierungen diskutiert werden, und das Verdrängen dieser Herausforderung zu einem grundsätzlichen Entscheid ist problematisch. Man erweckt damit den Eindruck, es werde nicht offen darüber informiert, und man vertrete «hohen Ortes» hinter vorge-



haltener Hand eine andere Meinung als am Rednerpult. In diesem Klima wächst – bedauerlicherweise für die Weltorganisation – auch die Skepsis gegen einen Uno-Beitritt. Auf dem Hintergrund des mittel- und langfristig traktandierten EU-Beitritts muss auch das Aufgeben der Neutralität zugunsten einer Integration in ein kollektives Sicherheitssystem offen diskutiert werden. Eine Landesregierung, welche den EU-Beitritt als strategisches Ziel anvisiert, sollte die Frage nach der gemeinsamen Aussenpolitik einschliesslich der Sicherheitspolitik nicht ausklammern. Eine gemeinsame Sicherheitspolitik ist auf die Dauer mit dem Neutralitätsstatus eines EU-Mitgliedstaates nicht vereinbar. Wenn dieser heikle Entscheid in nächster Zeit ohnehin vom Schweizervolk einmal zu fällen sein wird, so darf man heute nicht so tun, als ob dies gar kein Thema wäre.

Überschätzt wird meines Erachtens die Angst vor einem internationalen Debakel der Schweiz, falls ein Uno-Beitritt erneut abgelehnt würde. Schon 1986 war man auf das Schlimmste gefasst. Die erwarteten und befürchteten Reaktionen fanden damals kaum statt, und der internationale Rechtfertigungsbedarf war gering. Dafür kam es dann zehn Jahre später im Zusammenhang mit den nachrichtenlosen Vermögen zu einer einmaligen Anschwärmungsaktion gegen unser Land, in bisher

.....

*Eine
gemeinsame
Sicherheitspolitik
ist auf die Dauer
mit dem
Neutralitäts-
status eines EU-
Mitgliedstaates
nicht vereinbar.*

.....

völlig unbekanntem Ausmass. Unsere Regierung war darauf nicht vorbereitet und hat – in damaliger wie heutiger Betrachtung – nicht optimal reagiert.

Sicherheit durch Kooperation?

Was die Kooperationsbereitschaft unseres Landes betrifft, habe ich gelegentlich den Eindruck, man unterschätze die Beiträge, die unser Land heute schon leistet und in der Vergangenheit stets geleistet hat. Es sind viele Ideen aus der Schweiz erfolgreich in die internationale Diskussion eingebracht worden.

Der Slogan «Sicherheit durch Kooperation» weist zwar nicht ausdrücklich, aber implizit, auf eine engere Zusammenarbeit mit der Nato hin. Es gab zwar in unserer Geschichte verschiedene neutralitätspolitisch nicht ganz unbedenkliche Kooperationen, aber meines Erachtens ging die Bereitschaft dazu (und die tatsächliche Vorbereitung!) noch nie so weit wie heute. Auf dem Hintergrund dieser Fakten gibt es eigentlich früher oder später nur noch zwei klare Optionen: Entweder wir entscheiden uns für die Neutralität oder wir treten einer Allianz bei. Beide Lösungen müssen möglich sein, und für beide Optionen muss es taugliche Umsetzungskonzepte geben. Die Regierung muss durch Volk und Stände diesbezüglich einen kla-

ren Auftrag erhalten: entweder «an der Neutralität festhalten», oder «die Neutralität aufgeben». Ich kann mir persönlich beide Varianten vorstellen, habe aber Mühe mit irgendwelchen Kombinationen. Die Mitgliedschaft bei der Nato hätte unbestreitbare Vorzüge, obwohl natürlich realistischere Weise die entscheidende Rolle der USA unübersehbar ist. Wir Schweizer ziehen es angesichts solcher Weichenstellungen meist vor, uns vor einem Entscheid zu drücken und uns irgendwie durchzuwursteln. Das dürfte aber in dieser Frage schwierig und auf die Dauer nicht möglich sein. Eine Kombination der Vorteile beider Optionen ist problematisch. Kooperation ohne Allianz ist sehr gefährlich. Im Moment, wo man darauf angewiesen wäre, kann man ausserhalb der Allianz keine Hilfe erwarten. Da ist die Alternative, dass man darauf vorbereitet ist, auf sich selbst angewiesen zu sein, immer noch besser. Ich kann mir auch diese Option durchaus vorstellen.

Die Schweiz
leidet mitunter
an einer
widersprüchlichen
Mischung von
Selbstüber-
schätzung und
Kleinmut

Seit der Zustimmung zu den bewaffneten Auslandseinsätzen sind wir mit einer weiteren Schwierigkeit konfrontiert. Die Kombinationen von *peace keeping* und *peace enforcement* und die Gefahr, in fließende Übergänge verwickelt zu werden sind – buchstäblich und im übertragenen Sinn – explosiv. Eine ganz konsequente Trennung von militärischer und humanitärer Hilfe und ein Schwergewicht bei der letzteren hätte m.E. mehr Vorteile geboten. Das in der Schweiz gegründete und domizilierte Internationale Rote Kreuz wird – nicht nur wegen des Emblems, das viele immer wieder verwechseln – stark mit der Schweiz identifiziert. Die offizielle Schweiz könnte sich dort, ohne die Unabhängigkeit des IKRK zu tangieren, stärker engagieren und dabei mehr bewirken als wenn wir «überall ein bisschen mitmachen und mitbezahlen». Es ist viel wichtiger, dass man im humanitären Bereich eine eindruckliche Leistung vollbringt, als dass man in irgendeinem Detachement auch noch mitmarschiert. ♦

TITELBILD

DIE SCHWEIZ ALS INSEL

Eine Postkarte aus dem Jahr 1914 und Karikaturen aus den Sechzigerjahren – zu Titelbild und Illustration des Dossiers



Inmitten der Brandung des Weltmeeres steht das Bundeshaus, Postkarte 1914. Stadt- und Universitätsbibliothek Bern.

dem Masse irritierend, wie das Inseldasein, einer rhetorischen Kippfigur gleich, negativ und positiv konnotiert wird – heute eher negativer als zur Zeit des Ersten Weltkriegs. Während die Postkarte aus dem Jahr 1914 die Schweiz als von allen kriegsführenden Nationen respektierte Trutzburg inmitten der Unbilden der Zeit zeigt, mischt sich spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg unverhohlene Kritik in die Bewunderung.

Zu den am häufigsten zitierten Metaphern des zwanzigsten Jahrhunderts, der Neutralität der Schweiz in der internationalen Staatengemeinschaft ikonographisch oder sprachlich Ausdruck zu verleihen, gehört die der «Insel». Die Kontinuität, mit der dieses Bild immer wieder bemüht wurde – auch und gerade von den Nachbarn – ist in

Der Wohlstand der Schweiz ist ohne den der Nachbarländer, ja der ganzen industrialisierten Welt gar nicht denkbar, so lautet eine der Botschaften der Karikaturen von F. Behrendt, die 1965 in dem Weltwoche-Report-1-Bändchen «Die Schweiz mit fremden Augen» erstmals erschienen. Alle sitzen also in einem Boot. Doch die Schweiz tut so, als wüsste sie dies nicht und hält sich von einigen internationalen Organisationen fern. Den Tadel der Schweiz durch die Nachbarn in den Karikaturen liest Jean Rodolphe de Salis in seinem Kommentar nicht als Kritik an der Neutralität, auch nicht als Neid, sondern als Aufforderung, die internationale Gemeinschaft endlich teilhaben zu lassen an dem, was die Schweiz an Vorbildlichem zu bieten hat. Doch haben andere Länder bereits nachgezogen, leisten z. B. auch humanitäre Hilfe. De Salis ahnte damals bereits, was heute Wirklichkeit ist: dass auch Schweizer Markenzeichen auf internationalem Parkett dem scharfen Wind des globalen Wettbewerbs ausgesetzt sind und die Leistung guter Dienste gerade nicht die Neutralität als Voraussetzung braucht, sondern internationale Verflechtungen. ♦

Michael Wirth

Silvio Borner,

geboren 1941, studierte Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule St. Gallen, 1969 Promotion zum Dr. oec., 1973 Habilitation an der Universität St. Gallen. Von 1974 bis 1978 Ordentlicher Professor für Volkswirtschaft an der Universität St. Gallen, seit 1978 Ordentlicher Professor an der Universität Basel und Vorsteher des Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrums (WWZ) in Basel.

EIN PLÄDOYER FÜR DIE GLOBALISIERUNG

Die Schweiz steht vor dem Entscheid, ob sie der Uno beitreten soll. Wirtschaftliche Globalisierung ist ein Prozess, der sich relativ unabhängig von bestehenden politischen Strukturen abspielt, der aber nicht ohne wechselseitige Auswirkungen bleibt. Der alte Satz «Stadtluft macht frei» kann mit guten Gründen durch den Satz «Weltluft macht frei» ersetzt werden, ein Motto, das man sowohl den wirtschaftlichen als auch den politischen Globalisierungsgegnern und -verweigerern ins Stammbuch schreiben sollte.

Der Begriff Globalisierung spielt seit einigen Jahren in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen wie auch in den Medien und der Politik eine überragende Rolle: Reduziert man Globalisierung auf den einfachsten gemeinsamen Nenner, so geht es um die weltumspannende Integration von Märkten für Güter und Dienstleistungen, Produktionsfaktoren wie insbesondere Kapital und Wissen. Die internationalen Mobilitätshindernisse werden niedriger oder verschwinden, sodass die durch die staatlichen Grenzen bedingten «Transaktionskosten» sinken, sei es weil die Zölle abgebaut werden, die Freizügigkeit des Kapitals erlaubt wird oder weil die Transport- und Kommunikationskosten abnehmen.

Am weitesten fortgeschritten ist die Globalisierung beim Handel mit Industriegütern, gefolgt von der Kapitalverflechtung via Portfolio- und Direktinvestitionen. Aber auch Wissen und Information sind Produktionsfaktoren mit hoher internationaler Mobilität geworden. Demgegenüber ist die Migration der Menschen trotz aller politischen Aufregung ein marginales Phänomen geblieben.

Die rasant ansteigenden internationalen Markttransaktionen weisen zwei Triebkräfte auf: die Technologie und die Politik, wobei eben meines Erachtens der politische Wille weit stärker war als die technologische Automatik. Mit anderen Worten: die Globalisierung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war eine politisch gewollte und demokratisch legitimierte. Die Schaffung des Gatt, später der WTO, die Abschaffung von Kapitalkontrollen, wie die Bildung von grossen Integrationsräumen wie Efta, Nafta oder EU beruhen allesamt auf politischen Entscheidungen

demokratisch legitimierter Regierungen. Dabei waren politische Ziele die letzten Motive – nicht zuletzt auf dem Hintergrund der katastrophalen De-Globalisierung zwischen 1918 und 1945.

Ist die Globalisierung neu?

Die Schweiz war vor dem Ersten Weltkrieg in mancherlei Beziehung eher globalisierter als heute. Der Kapitalverkehr und die Einwanderung waren völlig frei, und die Import- und Exportanteile der Zeit vor 1914 wurden erst vor kurzem wieder erreicht.

Käme in den folgenden Zitaten nicht immer wieder der verräterische Begriff «Bourgeoisie» vor, man würde als Quelle wohl nicht auf das «Manifest der Kommunistischen Partei» aus dem Jahre 1848 tippen. «Die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeois-Epoche vor allen früheren aus. Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst. (...) Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. (...) Sie hat zum grossen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich ver-

braucht werden. Die Bourgeoisie reisst durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schiesst.»

Globale
Integration der
Märkte findet
statt, weil in
einer liberalen
Ordnung die
Menschen frei
sind, ihre
eigenen Ziele
zu verfolgen.

Marx und Engels haben die politische und ökonomische Dynamik der Globalisierung im Kern richtig erkannt und sich nur – aber dafür gewaltig – in der Prognose des kapitalistischen Zusammenbruchs geirrt. Die befreiende Wirkung des Weltmarkts lässt sich historisch gut nachweisen und theoretisch ebenso gut begründen. Deshalb lautet meine Devise: Nicht die Globalisierung ist eine Gefahr für die freie Gesellschaft, sondern, im Gegenteil, die politisch-ideologische Gegenreaktion. Das war schon nach der letzten Jahrhundertwende so. Erst der nationale und soziale *backlash* gegen die offene Weltwirtschaft vor dem Ersten Weltkrieg führten zu den nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Katastrophen, welche das 20. Jahrhundert so tragisch überschattet haben.

Ist die Globalisierung «gut»?

Der Staat besitzt das Gewaltmonopol für die Setzung und Durchsetzung der Spielregeln. Am Markt dann wickeln die Staatsbürger – gestützt auf ihre staatlich garantierten Eigentums- und Vertragsrechte – ihre Geschäfte ab. Ohne Staat kein Markt. Das ist jedem echten Liberalen völlig klar. Leider ist derselbe Staat jedoch nicht nur der Garant der individuellen Freiheit, sondern auch deren grösste Bedrohung. Globalisierung bedeutet, dass sich Märkte für den Informations-, Güter- und Kapitalaustausch über die Grenzen der Territorialstaaten hinaus emanzipieren. Das ist *erstens* – wie wir schon gesehen haben – nicht so neu und *zweitens* ökonomisch vorteilhaft, aber *drittens* politisch ganz heilsam.

Mein Plädoyer besteht aus *Two Cheers* für die Globalisierung. Der erste ist ökonomischer Natur: Seit *Adam Smith* und *David Ricardo* besagt das wohl unangefochtenste Kernstück der ökonomischen Theorie, dass die internationale Handels- und Kapitalverflechtung den Wohlstand

aller daran beteiligten Länder erhöht. Internationale Wirtschaftsbeziehungen sind ein «Positivsummen-Spiel». Darüber sind sich nun wirklich (fast) alle Ökonomen im Prinzip einig.

Der zweite *Cheer* ist politischer Art: Die Offenheit der Wirtschaft setzt den nationalen Regierungen Schranken. Aber das ist eben im Prinzip gut so, weil autoritäre Regimes ohnehin ihre eigene Bevölkerung ausbeuten. Aber auch demokratische Staaten haben leider die leidige und schleichende Tendenz, zu gigantischen und verschwenderischen Versorgungs- und Umverteilungsmaschinen zu verkommen. Die DDR schien trotz ihrer bodenlosen Ineffizienz so lange stabil, als das Regime die eigene Bevölkerung hinter hohen Mauern einsperren konnte. Was in der DDR «Republikflucht» hiess oder bei uns von gewissen Kreisen als «Kapitalflucht» bezeichnet wird, sind legitime und wirksame Reaktionen auf einen schlechten Staat bzw. eine schlechte Politik.

Problematische Befürworter

Der ökonomische Fall ist also klar: Globale Integration der Märkte findet statt, weil in einer liberalen Ordnung die Menschen frei sind, ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Wenn nun die moderne Technologie mehr und mehr die politischen Staatsgrenzen sprengt, dann haben diese Menschen die freie Wahl, auch internationale Transaktionen durchzuführen. Also: Die Globalisierung ist die Folge von freien Entscheidungen der Akteure in der Wirtschaft. Und als solche wird sie für alle wohlfahrtssteigernd ausfallen, die sich in dieser Weise freiwillig «globalisieren». Trotzdem steht die Globalisierung im Kreuzfeuer der Kritik und ihre Verteidiger wehren sich zum Teil mit schwachen und falschen Argumenten. «*Who needs enemies with friends like that?*», ist man versucht zu fragen.

Wer steht denn für die Globalisierung ein? M&M, also Magistraten und Manager zur Hauptsache. Leider ist deren Wirken häufig kontraproduktiv, wie das Fiasco von Seattle, Davos oder Genua lehrt. Nicht nur wird mit solchen «Gipfeltreffen» der falsche Eindruck erweckt, dass hier die Weltwirtschaft «gemanagt» wird, sondern die Argumente von Magistraten

und Politikern sind häufig zweischneidig – weil zweideutig.

Magistraten und Politiker interpretieren die Globalisierung als unausweichliche und wohl auch unglückliche Konsequenz der globalen Marktkräfte oder der supranationalen Institutionen. Überdies ist es eine bequeme Politstrategie, hausgemachte Fehler oder Versäumnisse der «bösen» Globalisierung anzulasten.

Aber auch die Manager sind meist schlechte «Globalisierungs-Verkäufer». Behaupten Manager von privaten Multis, dass sie nicht wirklich den Unternehmungswert maximieren wollen, dann glauben wir ihnen dies eben zu Recht nicht, und wenn einzelne Manager effektiv so handeln (wie z.B. bei der Swissair), dann sollten wir deren Aktien schleunigst abstossen, weil ohne komfortable und kontinuierliche Gewinne Unternehmen, die im Wettbewerb stehen, untergehen. Allzu oft und allzu leichtfertig verbünden sich Manager mit staatlichen Bürokraten und privaten NGOs, um Märkte so zu regulieren, Konkurrenten auszuschalten, oder Intransparenzen einzuführen, dass der Gewinn einfacher zu maximieren ist als vorher.

Immer, wenn Politiker, Manager und NGOs sich verbandeln, um moralische Leitlinien oder gar rechtliche Leitplanken aufzustellen, dann ist leider eines sicher: Es kommt sicher das Gegenteil von Libe-

ralisierung heraus. Die Politiker bescheren sich neue Regulierungen, die Multis neue Schutzmechanismen vor dem Wettbewerb, und die NGOs verdienen sich ihre gesellschaftliche Anerkennung. So betrachtet, werde ich dem «*Spirit of Davos*» keine Träne nachweinen, denn die Steuerzahler und Konsumenten haben in Davos nichts verloren, wohl aber viel zu verlieren.

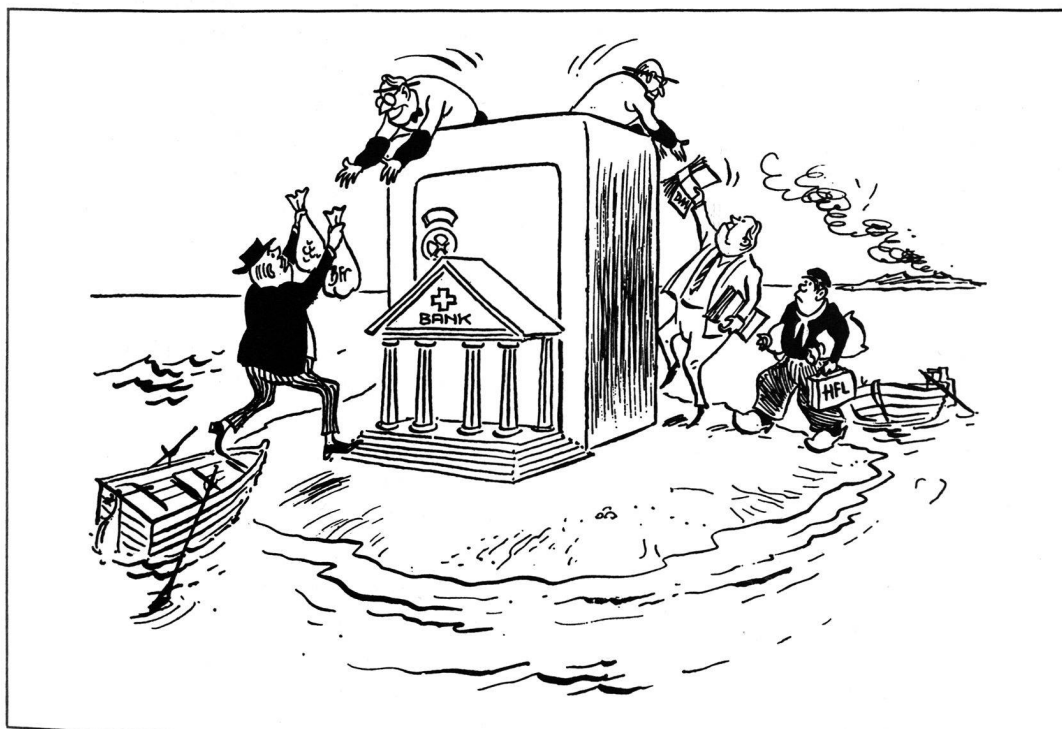
Die Gegner: Ignoranz, Ideologie und Interessen

Wenn schon die Globalisierungs-Befürworter mit zweifelhaften Argumenten operieren, so tun dies die harten Globalisierungs-Gegner eigentlich ohne Argumente. Ihre Positionen sind geprägt durch die drei grossen I: Ignoranz, Ideologie und Interessen. Eine konsistente intellektuelle Argumentation fehlt. Zusammengehalten werden die so genannten Globalisierungsgegner durch

- grundsätzliches Misstrauen gegenüber Märkten;
- instinktive, kollektivistische Neigungen und Einstellungen;
- Vorliebe für moralisierende Antworten auf Sachfragen;
- hohe Präferenz für Protestaktionen.

Die marktwirtschaftliche Ordnung ist von zwei Seiten unter ständigem Druck. Auf der einen organisieren sich Sonderinteressen, die den Staat zu ihrem eigenen

Überdies ist es eine bequeme Politstrategie, hausgemachte Fehler oder Versäumnisse der «bösen» Globalisierung anzulasten.



Vorteil einspannen. Auf der anderen entwickeln sich Ideologien, welche die marktwirtschaftlichen Prinzipien als unethisch, unsozial oder unchristlich ablehnen. Der Wettbewerb als Kernelement der Marktwirtschaft ist leider unpopulär, und zwar sowohl bei den Marktteilnehmern selbst, die ihm schonungslos ausgesetzt sind, wie auch bei den Intellektuellen, die seine Funktionsweise nicht verstehen wollen, weil eine freiheitlich organisierte Gesellschaft elitäre oder utopische Gesellschaftsentwürfe gar nicht braucht.

Weder die Wirtschaft noch die intellektuelle Elite sind also zuverlässige Garanten für Wirtschaftsfreiheit und Marktordnung. Gerade die Wirtschaft selbst versucht immer und immer wieder durch Bildung wirtschaftlicher und politischer Kartelle, den Wettbewerb zu beschränken: Der Ökonom spricht hier von «*Rent-Seeking*», von der Suche nach unverdientem Einkommen. Dies ist nicht moralisch zu verdammen, jedoch ordnungspolitisch zu bedauern. Denn mit jedem Privileg, mit jeder Pfründe, mit jeder Bevorzugung im Wettbewerb entstehen neue Renten, die sofort zu legitimen Besitzständen und entsprechend mit Zähnen und Klauen politisch verteidigt werden. Und der ganze Aufwand zur Erlangung und Verteilung dieser Renten ist pure volkswirtschaftliche Verschwendung.

Je mehr Interventionen einmal zugelassen sind, desto schwieriger wird es, auch nur eine einzige zu beseitigen. Viele sind im Prinzip für die Globalisierung und damit Liberalisierung und Deregulierung, aber keiner möchte, dass gerade bei ihm angefangen wird. Die Ausflüchte, die dabei vorgebracht werden, zeugen von einer beinahe unbegrenzten Phantasie der Profiteure – und leider auch einer ebenso grossen Naivität all der vielen, die auf diese Scheinargumente hereinfallen.

Das Gespenst «Globaphobie»

Ein Gespenst geht um in Europa: die Globaphobie. Wie seine marxistischen Vorläufer ist es ein politisch-ideologisches Monster, das sehr viele Menschen in seinen Bann zu schlagen vermag. Die sogenannte «Globalisierungsfalle» ist heute der Sammelpunkt für ehemalige Sozialisten, die ja ihre ursprüngliche Religion begraben mussten, weil anstelle eines kapitalistischen

.....
*Je mehr Interventionen einmal
 zugelassen sind,
 desto schwieriger
 wird es, auch nur
 eine einzige zu
 beseitigen.*

Weltuntergangs ihr sozialistisches Himmelreich auf Erden kollabierte. Der Kapitalismus funktioniert offensichtlich: «*Aber er terrorisiert die Politik, schadet den Menschen und zerstört die Nationen.*» Das ist die neue Losung! Die französische Literaturwissenschaftlerin Viviane Forrester nennt ihren Welterfolg denn auch «Terror der Ökonomie». Adolf Muschg bezeichnet Globalisierung als «*einen faulen Zauber, mit dem uns Raum und Zeit gestohlen werden können, unter dem merkwürdigen Vorwand, sie einzusparen.*» «*Wir werden, wenn wir auf dem Markt bleiben wollen, immer weniger höflich eingeladen, uns zu verflüchtigen, entleiben, virtualisieren; die einen aus galoppierender Zeitnot, die anderen – immer mehr andere – aus einem Überfluss toter Zeit. Kommunikationsgesellschaft: das ist, wenn immer mehr Leute, die immer weniger zu sagen wissen, mit einer Technik ausgestattet werden, dies immer schneller zu tun – ortsunabhängig, simultan.*»

Die faktische Evidenz zeigt jedoch genau das Gegenteil, und zwar

- Die geographische und inhaltliche Expansion der Märkte erhöht die Souveränität des Konsumenten in qualitativer und quantitativer Hinsicht.
- Die Globalisierung der Medien ist der grösste Fortschritt zugunsten von Freiheit und Demokratie in rückständigen und autoritären Ländern.
- Die Staats- und Fiskalquoten der OECD sind mit wenig Ausnahmen in den 90er Jahren weiter und, wie in der Schweiz, beschleunigt angestiegen.
- Die Sozialausgaben sind die Ausgabenkategorie, die am schnellsten wächst.

Noch in den Achtzigerjahren wollte unsere SP Schweiz das jugoslawische Selbstverwaltungs-Modell anstelle der Marktwirtschaft einführen. Jetzt geisselt man «nur» noch ihre Auswüchse und führt all diese auf die «Globalisierung» zurück. Alle diejenigen Menschen, die in der Globalisierung der Menschenrechte, der Information und Kommunikation einen echten Fortschritt erkennen, sollten sich auch vor der wirtschaftlichen Globalisierung nicht fürchten; denn zum einen sind in einer Dienstleistungsgesellschaft der Globalisierung recht enge Grenzen gesetzt. Zum anderen aber ist die Herausforderung des Nationalstaats des 19. Jahrhunderts durch den Weltmarkt alles andere als ein Unglück.

Verdrängt die Globalisierung der Wirtschaft den Staat?

Beginnen wir mit ein paar Fakten: Die Staatsquote ist im OECD-Durchschnitt im Globalisierungs-Jahrzehnt von 1990–2000 um fast 10 Prozent angestiegen. Der Staat wächst und gedeiht offensichtlich prächtig – trotz oder vielleicht gerade wegen der Globalisierung.

Und weil bekanntlich alle OECD-Länder demokratisch regiert werden, entspricht dies ebenso offensichtlich dem mehrheitlichen Wählerwillen. Der vielzitierte *«Race to the Bottom»* in der Sozialpolitik ist höchst unwahrscheinlich und empirisch leicht zu falsifizieren. Denn die Globalisierung schafft Wohlstandsdividenden, für die gerade wegen der Globalisierungsgänge – z.B. vor Verlust des Arbeitsplatzes – eine rege politische Nachfrage entsteht. Produktivitätsmindernde sozialpolitische Massnahmen, wie etwa zu viel Kündigungsschutz oder zu lange Bezugsdauern bei der Arbeitslosenversicherung, drücken die Realeinkommen herunter, und zwar mit und ohne Globalisierung. Es gibt keinen vernünftigen Grund zu erwarten, dass die internationale Konkurrenz die Finanzierung der Sozialpolitik erschwere. Analoges gilt für die Umweltpolitik. Sozial- und Umweltpolitik sind in den höchstentwickelten und auch am stärksten internationalisierten Volkswirtschaften absolut und relativ am stärksten ausgebaut. Richtig konzipiert, stärken sie den Standort. Wenn ein Land echte Investitionen für die soziale Kohäsion, die politische Stabilität oder die Qualität der Umwelt macht, dann wird dies die Standortattraktivität für Kapital erhöhen (und nicht senken). Aber nur, wenn diese Politik zielführend ist! Wenn ein Land jedoch Milliarden von Steuergeldern in unrentable Alternativen lenkt, eine konkursite Airline rettet oder kontraproduktive Sozialpolitik betreibt, dann ist dies natürlich nicht der Fall. «Schlechte Politik» in Form von Vergeudung öffentlicher Mittel drückt auf die Produktivität und den Wohlstand. Aus der internationalen Arbeitsteilung fliegt man deswegen nicht raus. Falls also die Schweizer mehrheitlich ihre Steuer-Milliarden lieber in die Landwirtschaft, die Swissair oder die Expo buttern wollen als z.B. in die Bil-

.....

*Es gibt keinen
vernünftigen
Grund zu
erwarten, dass
die internationale
Konkurrenz
die Finanzierung
der Sozialpolitik
erschwere.*

.....

dung, Forschung, Umschulung usw., dann können sie das mit oder ohne Globalisierung. Sie allein aber tragen die Konsequenzen in Form eines (relativ) sinkenden Lebensstandards. Effizienz ist wichtig; aber in der Tat nicht alles. Wir können demokratisch abstimmen, die Sommerzeit nicht einzuführen, den Elektrizitätsmarkt nicht zu öffnen, partout 3000 Poststellen zu behalten, die Swisscom und die Swissair als nationale Monopole zu erhalten, die Ladenöffnungszeiten zu beschränken – all das wird die internationale Konkurrenz wenig interessieren, weil der Schaden uns selbst trifft.

Globale Profitmaximierung auf Kosten der Menschen?

Diese These wird sogar von moderaten so genannten *Stakeholder*-Anhängern im Brustton der Überzeugung vertreten. Die Maximierung des *Shareholder-Value* stellt angeblich dieses Ziel höher hin als die Interessen der Arbeitnehmer, Konsumenten oder Lieferanten.

Diese Fragestellung ist *a priori* die falsche, die richtige ist eine andere: Welches Unternehmerverhalten führt zur geringsten gesellschaftlichen Verschwendung von knappen Ressourcen? Und nicht, ob gewisse Gruppen gegenüber anderen privilegiert werden sollen. In einem Modell mit unendlichem Zeithorizont und konstanten *Cash-Flow*-Strömen ist das Ziel der Profitmaximierung identisch mit dem allgemeineren Ziel der Maximierung des Unternehmenswertes (*Shareholder Value*).

Was macht ein multinationales Unternehmen? Es beschafft sich Ressourcen und Arbeitskräfte zu Wettbewerbspreisen, welche die Opportunitätskosten reflektieren. All diese Beschaffungsprozesse sind «freiwillig», und zwar für beide Seiten des Marktes. Dasselbe Unternehmen setzt nun die mit diesen Ressourcen und Inputs erzeugten Güter und Dienstleistungen wieder weltweit zu den jeweiligen Marktpreisen ab. Ein Profit entspricht der Differenz zwischen Input-Kosten und Output-Erlös und erhöht die globale soziale Wohlfahrt, weil offensichtlich die Konsumenten den Output dieser Firma höher bewerten, als die in der Produktion verwendeten Inputs gekostet haben.

Das gilt natürlich nicht, wenn wir Monopole oder negative Externalitäten haben. Aber Monopole und negative Externalitäten sind keine Folgen der Globalisierung, sondern hausgemacht. Die *First-Best-Lösung* dagegen ist deshalb nicht Protektionismus, sondern Wettbewerbspolitik bzw. eine Internalisierung der externen Kosten an der Quelle. Wer unter Wettbewerbsbedingungen den Unternehmenswert nicht steigert, verschwendet knappe Ressourcen, z.B. in Form von exorbitanten Managerbezügen. Die viel beklagte Masslosigkeit der Manager ist somit nicht eine Folge des *Shareholder*-denkens, sondern dessen Missachtung unter dem Deckmantel von *Stakeholder*-interessen.

Dass somit die Globalisierung der Märkte die globale Wohlfahrt erhöht, ist ökonomisch unangreifbar. Richtig ist hingegen, dass aus der Globalisierung wie auch aus dem technischen Fortschritt Verteilungswirkungen resultieren, die auch Verlierer zurücklassen. Der Effizienzgewinn besteht gerade darin, dass ein relativ teurer Arbeitsplatz im Industrieland durch einen viel billigeren in einem Schwellenland ersetzt wird. Das ist aber keine Ausbeutung in der dritten Welt, weil der relativ tiefe Lohn das entsprechend tiefe Produktivitäts-Niveau widerspiegelt. Die Mehrnachfrage nach Arbeit in der Dritten Welt führt dort zu Lohnsteigerungen. Würden die Multis in den armen Ländern nicht investieren, wären dort die Löhne nur noch tiefer. Und wollte man die Multis zwingen, gleiche Löhne wie hier zu bezahlen, so würden sie dort nichts investieren. Die niedrige Produktivität in den Entwicklungsländern hat viele Ursachen wie schlechte Ausbildung, fehlende Infrastruktur, Korruption und Krieg. Mit Globalisierung hat das *a priori* nichts zu tun. Nordkorea ist wohl das am wenigsten globalisierte Land, aber die Leute sind massenweise am Verhungern. Alle Länder, die den wirtschaftlichen Aufholprozess erfolgreich in Gang gesetzt haben, haben sich wirtschaftlich und politisch geöffnet.

Im Industrieland verlieren im Zuge der Produktionsverlagerungen in die Entwick-

.....
*Dass somit die
 Globalisierung
 der Märkte die
 globale Wohl-
 fahrt erhöht, ist
 ökonomisch
 unangreifbar.*

.....
*Strukturerhaltung
 nur um der
 Arbeitsplätze
 willen endet stets
 im Desaster.*

lungsländer diejenigen Arbeitnehmer ihre Stelle, die in den importkonkurrierenden Branchen tätig sind. Diese sind jedoch – jetzt relativ zum Lohnniveau des hoch entwickelten Landes – schlecht bezahlt. Werden sie in die produktiveren Dienstleistungs- oder Exportsektoren integriert, profitieren auch diese Arbeitskräfte von der Globalisierung. Dazwischen liegen diverse Anpassungsprobleme und Umstellungsschwierigkeiten, die man jedoch offensiv und aktiv angehen kann. Strukturerhaltung nur um der Arbeitsplätze willen endet stets im Desaster, weil der technologische Fortschritt direkt und indirekt viel wichtiger für den Strukturwandel ist als die internationale Arbeitsteilung.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

- Der patentierte Unsinn aus der Küche von Ideologen, Ignoranten und Interessenvertretern ist genauso zurückzuweisen wie die Gewaltanwendung der militanten Globalisierungsgegner.
- Die Befürworter aus Politik und Wirtschaft müssen ihren *Case* korrekt, konsequent und ehrlich führen. Also bitte weniger von «*Sachzwängen*» und «*sozialer Verantwortung*» schwadronieren und besser auf die Grenzen zwischen Markt und Staat achten.
- Die Nachteile der Globalisierung bei uns zu Hause müssen kreativ, innovativ und effizient angepackt werden. Den Verlierern kann und soll geholfen werden.
- Die reichen Ländern schaden den Entwicklungsländern nicht durch ihre liberale Politik, sondern durch ihren Protektionismus in der Landwirtschaft, der Textilbranche und vielleicht auch den übermässigen Schutz des geistigen Eigentums.
- Armut in der Dritten Welt und Ressourcenverschwendung in der Ersten Welt sind an den Wurzeln zu bekämpfen. Diese liegen aber nicht bei der Globalisierung. Deshalb tun die Anti-Globalisierer weder der Umwelt noch der Armutsbekämpfung einen Gefallen. ♦

Jörg Baumberger,
geboren 1944 in Biel,
ist Titularprofessor für
Volkswirtschaftslehre
und lehrt an der Univer-
sität St. Gallen.

ANGST VOR DER «GROSSEN BÖSEN UNO»?

Max Frenkel hat in der NZZ schon im letzten Herbst die Debatte um den Uno-Beitritt der Schweiz auf hohem Niveau eröffnet. Er brachte es fertig, bereits in der Überschrift ein Albee-Zitat mit einem Disney-Zitat zu verknüpfen. Dennoch beginnt das Hadern mit seinem ebenso geistreichen wie unsachlichen Beitrag schon bei der Zitatencollage in der Einstiegsfrage: «Wer hat Angst vor der grossen bösen Uno?»

Seit dem vergangenen Herbst ist die politische Debatte noch um etliches handfester geworden. Die gouvernemental gestützte und teilweise steuerfinanzierte Pro-Beitritts-Kampagne versucht alle Gegner in dasselbe subtil diffamierende Klischee zu drücken, das in der Schweiz nachgerade zur politisch korrekten Ordonnanzausrüstung gehört: Man behauptet, Gegner bestimmter, als «fortschrittlich» etikettierter Projekte hätten «Angst» – oder gemäss der offiziellen Sprachregelung: «Ängste». Solche Unterstellungen gehören zu den wohlfeileren rhetorischen Figuren. Man setzt sie gewöhnlich dann ein, wenn man am Ende seines Lateins angelangt ist und die sachlichen Argumente zur Mangelware werden. Es ist zurzeit das ganz allgemein einsetzbare *argumentum ad personam*, das die Leerstellen füllt, wo die *argumenta ad rem* fehlen. Es lenkt die Aufmerksamkeit des unaufmerksamen Lesers auf die Person des Kontrahenten und ab von der Sache. Der Gegner wird herabgesetzt, indem man sein Problem zu einem psychischen erklärt und ihn bestenfalls zum bedauernswerten Kranken, Behinderten oder Paranoiden und schlimmstenfalls zum verachtenswürdigen Angsthasen erklärt. Suggestiert wird dabei, dass Jasagen immer etwas Positives und Neinsagen immer etwas Negatives bewirke, eine Behauptung, welche sich im Rückblick auf die Geschichte der schweizerischen Aussenpolitik schwerlich verifizieren liesse.

Die Angst vor dem Nichtdabeisein

Dabei ist das Argument genau genommen durchaus zweischneidig. Es lässt sich ohne weiteres gegen die selbsternannten Fortschrittlichen drehen. Mit gleichem Recht

kann man argumentieren, die Verfechter des zeitgeistkonformen Fortschritts hätten eben Ängste vor dem Nichtdabeisein. Man kennt dieses Syndrom von Kindern, die mitunter selbst dann unter Ausgeschlossenensein leiden, wenn die Zugehörigkeit zur begehrten Gruppe sie objektiven Gefahren und potenziell noch grösseren Kränkungen aussetzen würde. Mit andern Worten, man könnte die Überall-dabeisein-Wollenden als ewige Kindsköpfe darstellen, die für alles und jedes Gesellschaft brauchen und sonst unglücklich werden, als infantile Zurückgebliebene, die es nicht aushalten, auf dem Jahrmarkt der internationalen Eitelkeit nicht mit den Wölfen heulen und den politisch korrekten Weltverbesserern mitblöken zu dürfen. Man könnte sie auch darstellen als Leute mit Ängsten vor dem frustrierenden Rendez-vous mit der Kleinheit ihres Landes und ihrer selbst, als Leute, die vor dem Spiegel der eigenen Kleinheit verzweifelt nach Selbstergänzung durch Grosses und Grosse zu haschen beginnen. Eine Diskussion auf dieser Ebene dürfte kaum besonders fruchtbar sein.

Was sind die Argumente der Befürworter, die heute das Feld beherrschen und gegen die es – so wird behauptet – gar keine rationalen Gegenargumente gibt. Ich sehe die Folgenden:

Erstens: Die Grenzkosten sind klein. Man spricht von 73 Millionen (economie-suisse von 43 Millionen). 70 Millionen entsprechen etwa den Kosten eines Autobahnkilometers, bzw. 10 Schweizer Franken pro Kopf der Bevölkerung. Wozu also das Gezeter?

Zweitens: Der Bundesrat gibt ohnehin schon seit einiger Zeit zu allen grossen internationalen Fragen permanent seine Meinung im Sinne der Uno kund. D.h. er

führt sich ohnehin bereits wie ein politischer *global player* (oder *global talker* oder eine *global chatterbox*) auf. Es macht weder aussen- noch innenpolitisch einen grossen Unterschied, wenn wir dies zusätzlich nun auch noch im Rahmen der Uno-Vollversammlung tun. Wir sind *de facto* schon *global talkers* wie alle anderen. Wozu also das Gezeter?

Drittens: Es macht keinen Unterschied, ob man allen UN-Organisationen mit Ausnahme der Vollversammlung (allen minus eins) angehört oder eben allen. Der prozentuale Zuwachs fällt überhaupt nicht ins Gewicht. Wozu also das Gezeter?

Viertens: Die Schweiz schliesst sich schon seit einiger Zeit – und bisweilen sogar mit grösserem Eifer als die UN-Mitglieder selbst – den Uno-Aktionen und -Sanktionen an. Wozu also das Gezeter?

Fünftens: Der Aussenstehende ist nicht neutral, er ist draussen – vermutlich irgendwo im Weltraum.

Sechstens: Wer der Uno nicht beitreten möchte, ist überheblich. Wer sich für anders hält, ist überheblich, und Überheblichkeit ist verwerflich. Allein durch Bei-

Zu gross ist die Gefahr, dass man sich geringe bekannte Vorteile gegen allenfalls erhebliche unbekannte Nachteile einhandelt.

tritt kann man den Makel der Überheblichkeit abstreifen.

Siebtens: Die Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts wird zügiger vor sich gehen, wenn wir in der Uno-Vollversammlung vertreten sind, als wenn wir «draussen» sind.

Mehr vom Falschen ist kein Fortschritt

Zu den ersten vier Punkten: Es ist doch immerhin denkbar, dass der Zeternde den *Status quo* für gar nicht so sinnvoll hält und lieber etwas mehr Bescheidenheit, Besonnenheit und Verbal-Abstinenz sehen möchte. Mehr vom Falschen ist kein Fortschritt, auch wenn es nur wenig mehr ist. Zu zeigen wäre, dass die Qualität und Entwicklungsrichtung unserer Aussenpolitik tatsächlich die richtige ist, sodass der kleine – oder verniedlichte – Schritt wenigstens in die erwünschte Richtung weist. Dazu trägt die bisherige Debatte nicht viel bei.

Unter den letzten drei Punkten hat jeder seine eigene Fragwürdigkeit:

Punkt 5: «Draussen» ist natürlich eine Metapher. Aber was bedeutet sie in diesem



Kontext genau? Es ist eine Metapher aus demselben Repertoire, das eine Schweiz als Uno-Nichtmitglied, als EU-Nichtmitglied, als möglicher Nicht-Teilnehmer an UN-Antirassismuskonferenzen usw. als eine «geschlossene» oder jedenfalls eine nicht «offene» Schweiz bezeichnet. Was ist an der Schweiz eigentlich nicht offen? Sind wir provinzieller, isolierter, innenorientierter als die Deutschen, die Franzosen, die Amerikaner, wenn wir bei gewissen «internationalen» Veranstaltungen nicht dabei sind? Wer ist hier nicht bei was? Eigentlich doch nur die schweizerische Bürokratie bei den ausländischen Bürokratien, oder nicht? Gegen einen konstruktiven Kontakt zwischen Bürokratien ist nichts einzuwenden. Es ist auch für die Schweiz gut, wenn ihre Bürokratie mit andern Bürokratien zusammenarbeitet. Eine allzu vertrauensvolle Zusammenarbeit ist allerdings nicht wünschenswert. Genau wie ein allzu kooperativer Föderalismus dem Föderalismus nicht gut tut, kann auch ein allzu kooperativer Bürokratie-Internationalismus ein Übel sein. Die Kooperation der Bürokratien muss streng rationiert sein, allzu leicht entsteht sonst ein Kartell der Bürokratien. «Mehr» ist nur in wenigen Fällen «besser».

Punkt 6: Diese Gleichsetzung von Nichtmitgliedschaft mit Überheblichkeit halte ich für eine haltlose Unterstellung. «Anders» heisst doch nicht «besser». Eine andere Qualität ist doch nicht eine bessere Qualität. Wer sagt, rot sei nicht blau, verpflichtet sich zu keiner Aussage über den Rangwert dieser beiden Farben. Es ist im Gegenteil eine sprachliche Unsitte unserer Zeit, das Reden in Begriffen von Qualität immer gleich mit der Erwartung einer Rangwertung zu verknüpfen. Das unsorgfältige Schwatzen suggeriert, dass wir bei der Rede von Qualität immer gleich an gute Qualität versus schlechte Qualität denken sollten, wo doch Qualität einfach den Unterschied zwischen gleich und anders bezeichnet.

Punkt 7: Das ist ein Punkt, in welchem ich mich nicht kompetent fühle. Mir fehlt die völkerrechtliche Bildung, um zu wissen, was humanitäres Völkerrecht im Ganzen umfasst und wie es faktisch zu-

.....
*Was ist an
 der Schweiz
 eigentlich nicht
 offen?*

.....
*Nicht die
 Beitrittsgegner
 sind in einem
 Argumentations-
 notstand,
 sondern die Bei-
 trittsbefürworter.*

stande kommt. Dieser Punkt wäre zu vertiefen.

Aus all dem folgt noch nicht, dass der Uno-Beitritt ein falscher Schritt wäre, wohl aber, dass viele gängige «Argumente» sich bei näherer Prüfung als einigermaßen wohlfeile Polemiken und uralte rhetorische Taschenspielertricks entpuppen. Nicht die Beitrittsgegner sind in einem Argumentationsnotstand, sondern die Beitrittsbefürworter. «Haben wir schon, sind wir schon, tun wir schon, zahlen wir schon», sind keine überzeugenden Argumente, sei es nur, weil man den Spiess umdrehen und fragen kann: Wozu dann noch der Zusatzschritt? Der Beitritt der Schweiz, da sind sich alle, welche die Situation realistisch einschätzen einig, wird die Uno kaum verändern. Wenn er also nur einen infinitesimalen Unterschied ausmacht, so spielt wohl auch der Nichtbeitritt nicht jene zentrale Rolle, die man dem Schweizer Volk mit grossem Propagandaufwand weismachen will. Wozu dann die aufwendige Kampagne für ein von der aussenpolitischen Bürokratie ausgehecktes, vom Volk gar nicht als vordringlich empfundenen Anliegen? Nur unmerkliche Veränderung, wenn man beitrifft, aber eine Katastrophe, wenn man es nicht tut?

Im Alpinismus gibt es Situationen, wo ein geschickter Schritt in die richtige Richtung am *Status quo* fast nichts ändert, aber einer in die falsche den Absturz bedeutet. Dass wir beim Uno-Beitritt vor einer solchen Entscheidung stehen, wird hier nicht behauptet. Wir wissen aber aus der Entscheidungstheorie, dass, wenn Irreversibles zur Debatte steht, die Gewichtung der Argumente sehr sorgfältig vorzunehmen ist. Wer hier genau abwägt, was er denn gewinnt und was er allenfalls verliert, wenn Selbstbestimmung gegen Mitbestimmung, Autonomie gegen Solidarität getauscht wird, ist kein Angsthase, sondern ein rational handelnder Mensch. Zu gross ist die Gefahr, dass man sich geringe bekannte Vorteile gegen allenfalls erhebliche unbekannte Nachteile einhandelt. Wer weiss denn so genau, was Mehrheiten in einem internationalen Gremium in näherer oder fernerer Zukunft alles beschliessen werden? ♦

Alberto Mingardi, is a visiting fellow with the Atlas Economic Research Foundation (Fairfax, VA – USA). He is a regular columnist with the Italian national daily «Libero» (Milan), and he also contributes to a number of Italian journals. He contributed too to the Wall Street Journal Europe (Bruxelles), the National Review (New York), the European Journal (London) and Right Now (London). He is a member of the scientific board of the «Fondazione Liberal», a classical liberal think-tank located in Rome (Italy).

UNITED NATIONS, THE FATAL CONCEIT OF OUR TIMES

After September 11 Big Government strikes back, but in a totally new way: nobody is still clamouring for bigger government on national size, with the notable exception of a few right-winger radicals. There's now a totally new claim, which has been extensively legitimated by the phantom menace of global terrorism: this is for global government, what Frank Chodorov more appropriately called «one worldism»¹.

Only our children, and perhaps our children's children, will someday figure out what happened on September 11, 2001. Of course, all of us have seen that astonishing image, the Twin Towers collapsing after a terrorist attack – something that was pure fiction just the day before. But this is not a movie, this is real life, and unfortunately we must admit that what happened has definitely changed our lives – and not in a better direction. This is especially true for the classical liberal community, whose aspiration for peace and free trade probably crashed with the suicidal Boeings.

I think that Chodorov's great essay on this topic deserves to be better appreciated. It was written more than fifty years ago, but still sounds topical. «Five years ago the organization of the United Nations was ushered into the world as the guarantor of peace. It failed.» This is Chodorov's first statement, and it describes something that I think is even more evident right now.

Never in the history of the human race have people fought more tremendous, self-destructive wars than in the last not five, but fifty years. It is a historical period in which the United Nations have been actually involved in «guaranteeing peace». Thomas Sowell has showed that reality is slightly different: «There is some vague notion abroad that the United Nations is a force of peace», he says, adding «if you judge by rhetoric, that may sound plausible. But if you judge by realities, the United Nations is more of a force for war. While there is much talk about the danger that war may occur inadvertently, most wars are deliberate, calculated risk. How does the United Nations affect such calculations? It reduces the risk to an aggressor.²»

Sowell also remarks that the U.N. has made «aggression a game of heads-I-win and tails-we-tie. When the aggression succeeds, the aggressor carries it as far as he wants to. But when he encounters more resistance than he bargained for, the United Nations cuts his losses for him.» There's something quite true in this sentence, if you briefly examine the history of some of the wars that we have seen during the last fifty years – notably, the neverending Israel-Palestinian conflict.

However, as Chodorov remarked fifty years ago, «despite that obvious fact (the fact the U.N. has failed in providing peace for all the world), there are many whose faith in some sort of a superstate as an instrument of peace is unshaken, and who lay the failure of the U.N. to the limitation put upon it by the autonomy of its members. That is to say, they believe in peace through authoritarianism: the more authoritarian, the more peace.»

This is what is happening in Switzerland now: the Swiss people have been asked to join the U.N., and now they're waiting for a referendum. It's easy to forecast that public pressure, including that of national papers and influential opinion-makers, is going to make the Swiss become more and more U.N.-friendly.

Nation-state has failed

This is because of what happened on September 11, 2001: everybody noticed that the nation-state, as a provider of so called «national security», has failed its own mission. The nation state is not an efficient producer of security, and that's that. But unfortunately, the largest majority of the public now believe that somehow a super-

1 Franck Chodorov, *One Worldism*, in: *analysis*, New York, US, December 1950. Now in: Charles H. Hamilton ed., *Fugitive Essays – Selected Writings of Frank Chodorov*, Liberty Press, Indianapolis, US, 1980.

2 Thomas Sowell, *The U.N. Promotes War – Not Peace*, September 29 1983, now in: Thomas Sowell, *Compassion Versus Guilt and Other Essays*, William Morrow and Company, New York, US, 1987.

state could be more efficient, that what we have to change is not the quality of the defense production, just the size.

This is utopia, and even worse: this is a general misunderstanding, due to the illusion that you can achieve peace using political means, using coercion. Logically, it is by definition false and impossible: if you use coercion, so you use violence, and you can't achieve peace through violence.

Frank Chodorov again put it in the best way: *«The highest moral purpose written into the charter of the UN charter is but a fairy tale. World peace is not to be achieved through this monstrosity. Like the League of Nations, which it succeeded, or the Holy Roman Empire, or any of the political coalitions in the history of the world, the UN is incapable of giving the world peace simply because it rests on the unsound assumption that peace is a function of politics. The fact is that peace and politics are antithetical.»* This is pretty clear if you look at the means the anti-terrorism international coalition is using to fight the enemy, to «restore justice» (according to the propaganda).

As Richard Ebeling noted³, *«bombing campaigns and use of ground troops in a place like Afghanistan is not likely to produce justice or achieve victory»*. Especially because Afghanistan has already been destroyed over the last 20 years with 10 years of Soviet occupation and another decade

But
unfortunately,
the largest
majority of the
public now
believe that
somehow a
superstate could
be more
efficient.

3 Richard Ebeling, *Freedom, Security and the Roots of Terrorism against the United States*, <http://www.fff.org>.

4 Ralph Raico, Harry S. Truman: Advancing the Revolution, in: John V. Denson ed., *Reassessing the Presidency*, Ludwig von Mises Institute, Auburn AL, US, 2001.

of civil war that has brought the Taliban to power in Kabul. *«Bombings would only reduce the already wretched lives of millions of innocent Afghans»*, Ebeling wrote a few days after the Twin Towers collapsed.

Furthermore, it looks quite obvious to me that a military course of action may well end up generating a backlash among Islamic fundamentalists throughout the Middle East and North Africa that would succeed only in producing additional recruits for terrorist acts in the future.

Of course, this time – and this is the big difference between what's happening now and so called «peace-keeping» operations in such places like Serbia – the U.S. is declaring war with its flag and with its army, and not asking for U.N. bluecaps for help in taking revenge. But they must wait for a United Nations' placet.

Nothing new under the sun

In a thought-provoking and seminal essay, *Ralph Raico*⁴ reminds us that *«the Truman administration sometimes alluded to the vote of the U.N. Security Council approving military action in Korea as furnishing the necessary authority»*. Of course it didn't, but this claim was apparently enough to turn public opinion in a direction more favorable to *Truman* – the first President, according to Raico, whose *«position really was*



that a president may plunge the country into war simply on his own say-so».

The relationship between the U.N. and the U.S. is too strict to be underscored: we must always keep in mind that the United Nations are somehow an obedient servant of the White House. And it must be, for a lot of different reasons. But also, and even worse, the United States has been heavily changed by the existence of the U.N. – this *liaison dangereuse* has made it more an Empire than a Republic, to use the famous expression of Pat Buchanan.

Of course the proponents of an even more UN-regulated international scenario would reply that they are actually acting consistently with the classical liberal position. They're trying to achieve justice and peace for everybody. This is just rhetoric. This is not consistent with any classical liberal tradition. The theory of the just war and, so, of a just international order was developed by the Catholic Scholastics (notably the 16th-century Spanish Vitoria and Suarez), and then by the Dutch Protestant Scholast Grotius and then by 18th and 19th century classical liberals.

Closer to us, the late Murray Rothbard, a scholar deeply rooted in this tradition, has left us a summary of this theory⁵: «a just war exists when a people tries to ward off the threat of coercive domination by another people, or to overthrow an already-existing domination. A war is unjust when a people try to impose domination on another people, or try to retain an already-existing coercive rule over them».

Rothbard goes ahead in explaining what were the two outstanding ideas concerning the «just war» developed by the classical international lawyers.

First, «above all, don't target civilians. If you must fight, let the rulers and their loyal or hired retainers slug it out, but keep civilians on both sides out of it, as much as possible. The growth of democracy, the identification of citizens with the State, conscription, and the idea of a «nation in arms», all whittled away this excellent tenet of international law».

Second, «preserve the rights of neutral states and nations. In the modern corruption of international law that has prevailed since 1914, neutrality has been treated as somehow deeply immoral». It is true, especially now, and especially in this so called war

United
Nations/United
States, this
liaison
dangereuse has
made it more
an Empire than a
Republic.

against terrorism. «Nowadays, if countries A and B get into a fight, it becomes every nation's moral obligation to figure out, quickly, which country is the «bad guy», and then if, say, A is condemned as the bad guy, to rush in and pummel A in defense of the alleged good guy B. Classical international law (...) was virtually the opposite. In a theory which tried to limit war, neutrality was considered not only justifiable but a positive virtue.»

This is not only a point in favour of the Swiss tradition, but the point against the contemporary view of international relationships, successfully implemented by U.N. propaganda into civil society. If we want to limit war, Rothbard suggests, we must try to spread neutrality, to have as many neutral states as possible: this would mean that we'll have extremely localized conflicts, so less dangerous ones.

Instead, as President Bush said, now it is a matter of «with us or against us»: a very simple, a very appealing claim, but one whose result will be to lead all of us in a total war instead of trying to limit the impact of conflicts. If you examine the U.N.'s history carefully, you can see that no one U.N. policy fits the standards set by Vitoria, Suarez, Grotius and, more recently, Rothbard of being a «just war». Literally, not one.

Episodes like the «humanitarian interventions» in Kosovo were just imposing a new coercive rule upon the population – in spite of the fact they were presented as a way to help freedom-fighters there. It seems to me that, especially in these days, we need first of all to examine the reasons which brought the Twin Towers attack, and then to go back to our true tradition. Why it is that America is the constant target for terrorist attacks around the world and now at home? It is a question we can't avoid.

Some commentators and public officials say it is because America stands for capitalism and the free society, which are supposedly anathema to Muslim faith and culture. But the commercial society prevails in Switzerland and Denmark, too. And the secular «decadence» of the open society prevails far more in most parts of Europe than in the United States. Yet those and other countries are not made the target of terrorist attacks, except insofar as they offer targets of Americans working or residing there, as was seen with the bombing of the U.S. embassies in

5 Murray Newton Rothbard, *America's Two Just Wars: 1775 and 1861*, in: John V. Denson ed., *The Costs of War*, Transaction Publishers, New Brunswick NJ, 1999.

Kenya and Tanzania and the USS Cole in the port of Aden in Yemen.

United States – the Global Policeman

The fact is that America has aroused the anger of these terrorists and others like them who are waiting in the wings because of American political and military intervention around the world. Since World War II, the U.S. government has taken it upon itself to serve as the global policeman and social engineer – the United Nations' sparring partner, as we saw. But being a global policeman requires the U.S. government to decide in each country into which it intervenes who the «good guys» are and who the «bad guys» are. The United States has taken sides in the domestic political, ideological, and economic conflicts in these other lands. This inevitably means that some part of the population in each of those countries comes to view the United States as the ally of their domestic opponents and therefore as their enemy.

Every foreign intervention undertaken by the U.S. government, therefore, produces a potential underground army of terrorists who now believe that winning their domestic battles requires defeating the foreign interventionist power. This is the reason why the attack on World Trade Center happened. It doesn't mean there is not a moral duty to figure out the responsibilities behind that attack – but we have to understand the institutional framework that made it possible. It could be avoided if only the U.S. were less U.N.-friendly, and more strict in honouring its claim to embody the classical liberal ideal.

The radical liberals of the 19th century, the so called «Manchester men», were hostile to war and highly skeptical of the arguments for large military establishments and colonial adventures. This was the position of *Richard Cobden* and *John Bright*, and later of *Herbert Spencer*, in Britain; of *Benjamin Constant*, *Jean-Baptiste Say* and *Frédéric Bastiat* in France; of *Vilfredo Pareto*, the great Italian founder of the Lausanne school of economics; of *Eugen Richter* in Germany.

The great ideal of these men was «peace through freedom». All of them were convinced that, as *Randolph Bourne* put it later, war is «the health of the State». This is what's happening now: the States is more

«Political
integration
(centralization)
and economic
(market) are two
completely
different
phenomena.»

wealthy than just a few months ago, people are asking for control, and especially for global control.

The bureaucrats' dream of an international Superstate

This dream has finally got a kind of popular legitimization – they are finally engaged in building a «political architecture» for the process of market globalization we have all highly benefited from.

Since, as *Hans-Hermann Hoppe* remarked⁶, «political integration (centralization) and economic (market) are two completely different phenomena», I'm afraid that the time of an increasing economic integration seems to have ended – now the trend is towards a political integration, which happens to be the most illiberal thing that governments can pursue.

Let me quote again Frank Chodorov: «One worldism is not an impossible ideal; but, it is not attainable through the medium of political power. On the contrary, the organization of the world into a single society can be accomplished only if people can rid themselves of the fetish of authoritarianism. (...) It is not necessary to plan or build a world society; it is only necessary to remove the obstructions to its growth, all of which are political and all of which stem from faith in authoritarianism.»

This is the classical liberal dream of a world without trade barriers, with a perfect integration of different economies and societies. This is what the tradition of *laissez-faire* always pursued as the ideal of a free society. Peace through free trade: because liberalism, as *Ludwig von Mises* pointed out, is the philosophy of peace. This is the opposite of the philosophy carried out, now, by the U.N. and by the government members of Nato. They aim for more control, for bigger government, for more interventionism in the economy and abroad.

Switzerland could remain a Fort Alamo of freedom for the coming decades, if my forecasts are right (I sincerely hope they aren't) and so-called Western civilization is evolving in such a way. But if even Swiss citizens become convinced by the propaganda, and accept joining the U.N. and, sooner or later Nato, I am afraid to say that perhaps the dream of freedom is lost. Maybe not for ever, but for the here and now. ♦

⁶ Hans Hermann Hoppe, *Democracy: The God That Failed*, Transaction Publishers, New Brunswick NJ, 2001, chap. V.